



*Fraktion
im Verbandsgemeinderat Nieder-Olm
Birkenweg 10
Nieder-Olm, 27. September 2015*

**Presseerklärung der CDU-Fraktion im VG-Rat
Zu: FWG will bezahlbaren Wohnraum, AZ vom 24. September 2015**

„Mangelndes Demokratieverständnis und verletzte Eitelkeiten lassen ganz offenbar die FWG auf VG Ebene nicht ruhen. Deshalb wird jetzt die Flüchtlingsproblematik als Argument angeführt.“ Mit dieser Aussage reagieren die Ortsbürgermeisterin von Klein-Winternheim Ute Granold und Fraktionsvorsitzender Reinhard Küchenmeister auf deren jüngste Presseerklärung.

Wir brauchen in den Ortsgemeinden und in der Stadt Nieder-Olm keine Wohnungsbaugesellschaft, die sich dann zentral mit dem Thema Wohnungsbau befasst. Dies ist Sache der Ortsgemeinden, bei denen die Planungshoheit liegt. Es handelt sich hier bekanntermaßen um ein originäres Thema der kommunalen Selbstverwaltung. Dies haben u.a. auch die Sachverständigen hierzu in der Anhörung im Verbandsgemeinderat im Februar 2015 bestätigt. Entsprechend klar war auch das Votum gegen eine Wohnungsbaugesellschaft in der anschließenden Bürgermeisterdienstbesprechung.

All´ dies sollte Anlass genug für die FWG auf VG-Ebene sein, die Kommunen und dortigen Räte frei entscheiden zu lassen und diese Entscheidungen zu respektieren. Dies gilt **auch** für die Ortsbürgermeisterin von Ober-Olm. Dort steht im Gegensatz zu Klein-Winternheim noch ausreichend Bauland zur Verfügung, mit dem in der Vergangenheit eher zurückhaltend umgegangen wurde. Die Bürgermeisterin von Ober-Olm hat es also selbst in der Hand, hier im Rahmen ihrer originären Zuständigkeit aktiv zu werden, was hätte längst geschehen können.

Die Ortsgemeinde Klein-Winternheim jedenfalls wird sich - so Granold - im Rahmen der laufenden Beratungen zum Flächennutzungsplan, aus dem sich dann der neue Bebauungsplan entwickeln wird, mit der Thematik befassen.

Sehr hilfreich wäre es für die Gemeinden allerdings, wenn sie eine begleitende Unterstützung ihrer Arbeit durch die Verbandsgemeinde erfahren würden, denn schließlich finanziert sich diese aus den Umlagen der Gemeinden. Der jetzt neu ins Gespräch gebrachte SPD/FWG/GAL-Antrag aus 2014 sei offenbar auch der bisher eher fehlenden Unterstützung der Stadt und der Ortsgemeinden durch die Verbandsgemeinde nicht nur in dieser Frage geschuldet, vermuten Küchenmeister und Granold. Die FWG wäre deshalb besser beraten, diese Unterstützung von der Verwaltung für die Stadt und die Ortsgemeinden auch einzufordern, anstatt solche in der Sache unbegründeten Anträge zu stellen. Immerhin stelle sie mit dem hauptamtlichen Beigeordneten die Hälfte der Verwaltungsspitze.